

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Holme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halber: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Zählerbrück, Königsahl, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbek, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Bell u. Halber i. H. - Fernsprecher Nummer 442, Amt Halber. - Telegramm-Adresse: Anzeiger Halber

Nr. 138

Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Reichspennig für Behrden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspennig, Reklame 40 Reichspennig - Offertgebühren 30 Reichspennig und Porto.

Halber
Freitag, den 16. Juni

Ersteinst merktlich
mit 4 Grats belagen. Bezugspreis monat.
Mk. 1.85 einschl. 30 Pfg. Postgeb. u. 36 Pfg. Zustellgeb.
- - - - - Volkshochkonto: Dortmund 2941. - - -

1933

Konferenz-Verdroffenheit

Stillstand der Konferenzmaschine.

Die Londoner Weltwirtschaftskonferenz ist noch keine Woche alt und schon zeigt sich, wie berechtigt die Befürchtungen des englischen Ministerpräsidenten Macdonald, des Vorsitzenden, und anderer Konferenzteilnehmer waren, daß die Konferenz von 66 Staaten nicht einmal die Verlesung auch nur eines Teiles der von den Delegationsführern geplanten Einleitungserklärungen vertragen würde. Die Vertreter von Portugal, China, Kanada, Island, der Türkei, Mexiko, Albanien und Peru, die am Donnerstag sprachen, haben die graugrüne Halle kaum zur Hälfte gefüllt; die Pressenbänke waren fast ganz leer. Tatsächlich ist ja auch bis jetzt nichts Positives zur Eindämmung der Weltwirtschaftskrise geschehen, mit Ausnahme der Darlegungen des Reichsaussenministers von Neurath, der in ruhiger Form die dringlichsten Aufgaben dieser Weltwirtschaftskonferenz zusammenfaßte. (Wir geben sie nachstehend wieder.)

Inzwischen ist der französische Außenminister Paul Boncour, dessen Geltungsbedürfnis sich allzu lange schon zur Untätigkeit verurteilt fand, in London eingetroffen, wo er sich mit gewohnter Lebhaftigkeit zunächst einmal mit den Engländern allein an einen Tisch setzte und mit ihnen die Genfer Themen französischer Formulierung erörterte.

Daneben laufen hinter den Kulissen immer noch Versuche interessierter Mächte, sich in den deutsch-österreichischen Konflikt „in freundschaftlicher Form“, wie man so sagt, einzumischen. Sollten solche Versuche etwa offiziell gemacht werden, so würden sie

von Deutschland selbstverständlich abgelehnt werden; sie würden auch die „Atmosphäre“ dieser überaus schwerfälligen Konferenz nur noch mehr beeinträchtigen, als sie es ohnehin schon ist.

Übrigens hat jetzt der österreichische Bundeskanzler Dollfuß im Gegensatz zu seinen noch vor wenigen Tagen abgegebenen Versicherungen der englischen Presse plötzlich erklärt, er fühle sich nicht in hinreichendem Kontakt mit der österreichischen Regierung und werde daher nach Wien abreisen. Obwohl er inzwischen erfahren hat, daß die christlichsozialen Landesparteileitung von Salzburg sich hinter den zurückgetretenen Landeshauptmann Dr. Rehel stellt und einen scharfen Protest gegen das Kabinett Dollfuß beschlossen hat, hat es der Bundeskanzler doch nicht so eilig, daß er auf dem schnellsten Wege nach Wien eilt; vielmehr wird er sich volle zwei Tage in - Paris aufhalten.

Die Engländer haben in Londoner Konferenzkreisen durchblicken lassen, daß die kleine Abschlagszahlung von zehn Millionen Dollar an Amerika, die ja nur ein Zehntel der am 15. Juni fälligen Schuldenrate ausmacht, überhaupt

die letzte Zahlung sein werde, die Großbritannien leiste. Man darf nicht vergessen, daß England selbst mit dieser kleinen Teilzahlung noch insofern ein gutes Geschäft gemacht hat, als es sich infolge der Kursdifferenz zwischen Gold und Silber einen kleinen runden „Nebenverdienst“ von 2,75 Millionen Dollar verschafft hat, da es ja die Teilzahlung nicht in Gold, sondern in Silber leistet. Das ist ein weiterer Umstand, der die Verstimmung in Amerika gegenüber England verstärkt. Auch das trägt nicht gerade zur Verbesserung der Konferenzatmosphäre in London bei.

Deutschlands Forderungen - Londons Aufgaben.

Gegenüber den auf der Londoner Weltwirtschaftskonferenz geäußerten Ansichten von Vertretern verschiedener Regierungen verweist man in Berliner politischen Kreisen noch einmal nachdrücklich auf die Rede des Reichsaussenministers von Neurath, die ganz bestimmte positive Forderungen stellte, nämlich:

1. Die internationalen Schulden können nur durch Waren- und Dienstleistungen bezahlt werden.
2. Es ist zunächst eine Lösung der Finanz- und Kreditfragen erforderlich, ehe die handelspolitischen Fragen überhaupt behandelt werden können.

Die Londoner Konferenz stand zunächst nur unter dem Eindruck der Frage der politischen Schulden der Gläubigerländer gegenüber den Vereinigten Staaten. Nach Ansicht der Reichsregierung ist das eine Angelegenheit, die Amerika mit seinen Schuldnern selbst zu regeln hat; immerhin beträgt aber die Forderung der amerikanischen Regierung an politischen Schulden noch nicht ein Sechstel der weltwirtschaftlichen Verschuldung insgesamt. Gerade diese ungewöhnliche Verschuldung ist aber

die Hauptursache der wirtschaftlichen Weltkrise. Es erscheint daher gänzlich ausgeschlossen, daß die Devisenbeschränkungen, sei es in Deutschland, sei es in anderen Ländern, aufgehoben können, wenn nicht zuvor diese Frage der weltwirtschaftlichen Verschuldung gelöst ist. Aus diesem Grunde haben die Ausführungen des englischen Schatzkanzlers Neville Chamberlain in Berlin Beachtung gefunden, der nicht weniger als dreimal wiederholt hat, daß der internationale Kredit wiederhergestellt werden müsse.

Unter keinen Umständen aber wird man im Ausland erwarten können, daß sich die Reichsregierung noch einmal zur Übernahme neuer Schulden hergeben würde, um auf diese Weise ihre Zahlungsbilanz auszugleichen.

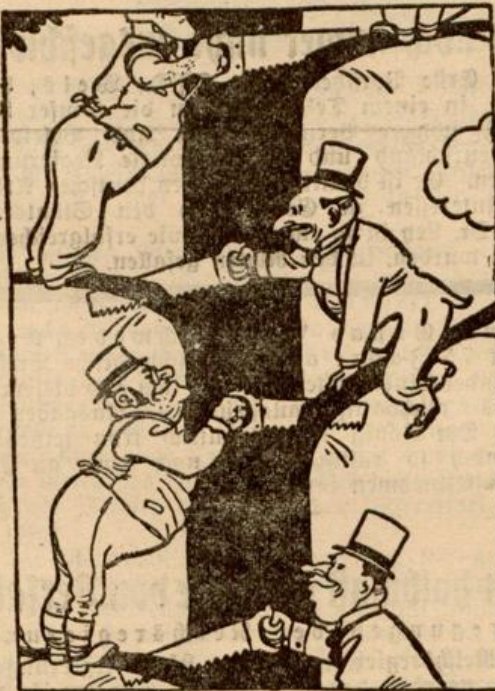
Im engen Zusammenhang mit der gesamten Schuldenbereinigung steht übrigens auch die Frage der Währungsstabilisierung. Sie muß zuvor gelöst werden. Dumping, d. h. Schleuderausfuhr infolge des Abgleitens vom Goldstandard, ist das Handelshindernis, um dessen Beseitigung man sich in London bemüht.

Böswillige Schuldner.

Frankreich und Polen verweigern wieder die Zahlung. Die französische Regierung hat ihren Botschafter in Washington angewiesen, zu erklären, daß Frankreich die Junirrate ebensowenig bezahlen werde wie die Dezemberrate, solange nicht eine Gesamtlösung der Schuldenfrage gefunden sei.

Auch Polen hat die Aufforderung Amerikas zur Bezahlung der Kriegsschuldenrate erneut abgelehnt mit der Begründung, weder die Lage vom Dezember 1932, wo Polen die damals fällige Zahlung verweigerte, noch die damals von Polen angeführten Gründe hätten sich inzwischen geändert.

Die Zahlungsverweigerungen dieser beiden ausgesprochen böswilligen Schuldner gehen uns insofern nichts an, als es Amerikas Sache ist, zuzusehen, wie es wieder zu seinem Gelde kommt, das es damals im



Der Weltwirtschaftskonferenz zur Mahnung!

Diese ausgezeichnete Karikatur aus der russischen Zeitung „Pravda“ veranschaulicht, wohin die Weltwirtschaft kommen würde, wenn die bisher eingeschlagenen Wege weiter fortgeführt werden: während jeder glaubt, sich auf Kosten der anderen Vorteile verschaffen zu können, schadet sich jeder nur selbst - eine Tatsache, auf die der englische Ministerpräsident Macdonald auch bei der Eröffnung der Konferenz hingewiesen hat. Eines zeigt jedoch das Bild deutlich: derjenige ist am besten dran, der auf dem dicksten Ast steht. Der Ast aber ist die nationale Wirtschaft, und darum ist trotz der Notwendigkeit der Pflege internationaler Wirtschaftsbeziehungen die vordringlichste Aufgabe unserer Wirtschaftspolitik doch die Kräftigung der Grundlagen der nationalen Wirtschaft.

Die Konferenz der Vorbehalte.

Ehe die Londoner Konferenz begann, hatte der englische Schatzkanzler - wie mag er jetzt aufgeatmet haben, daß ihm so etwas wie eine Regelung der Schulden an Amerika wenigstens für den Augenblick gelang! - einen Satz über die damals noch bevorstehenden Verhandlungen geprägt, der so außerordentlich vernünftig ist, daß man sich auf der Konferenz sicherlich - nicht danach richten wird! Neville Chamberlain hatte nämlich vor dem Unterhaus geäußert: „Wenn wir nicht einen Teil unserer Vorurteile beiseitestellen können, wenn wir nicht - ein jeder von uns - bereit sind, etwas aufzugeben, um zu übereinkommen mit anderen zu gelangen, wenn, kurz gesagt, diese Konferenz nicht den Zweck erreicht, der sie zusammengebracht hat, unter den Erwartungen und Hoffnungen der ganzen Welt, dann würde es tatsächlich gut gewesen sein, wenn die Konferenz niemals einberufen worden wäre, und wir könnten dann die Hoffnung begarben, noch zu unserer Zeit aus der Depression und der Not herauszukommen.“

Da wir nun schon einmal beim Zitieren sind - wie würde übrigens ein Satz dieses als Redner unsagbar trockenen Schatzkanzlers wohl ausfallen, wenn er nicht, wie der obige es angeblich ist, „kurz gesagt“ sein soll! -, so können wir gleich noch ein zweites Zitat daranstellen aus dem Werk eines nicht ganz unbekannten deutschen Dichters, nämlich:

Kriege mit vollen Händen vor allem an Frankreich gab, um Deutschland auf die Knie zu zwingen. An dreierlei aber muß man sich in Deutschland angesichts dieser Haltung der beiden Länder in der Schuldenfrage immer wieder erinnern: erstens handelt es sich bei Frankreich und Polen um Länder, die alljährlich in ständig steigendem Maße den phantastischen Anteil von nicht weniger als 30 bis 40 Prozent ihres gesamten Staatshaushaltes allein für die immer größere Ausrüstung ausgeben; beiden Ländern wäre es also ein leichtes, ihre Schulden abzubauen, zumal für Frankreich mit seinem aufgestapelten ungeheuren Goldschatz von dreizehn Milliarden Goldfrank. Zweitens hat Deutschland jahraus, jahrein die unsinnigen Milliarden Tribute gezahlt, obwohl es durch den Krieg, die Inflation und die tolle Verschwendung seiner marxistisch beherrschten Regierungen völlig verarmt war; und es hat diese Milliarden Tribute gezahlt, obwohl eben diese Regierungen genau wußten, daß die von Deutschland rücksichtslos erpreßten Tribute in erster Linie zur Ausrüstung der Tributenfänger verwandt wurden. Und drittens stellt diese wiederholte Zahlungsverweigerung einen ständigen Vertragsbruch dar, während es doch gerade Frankreich ist, das bei jeder Gelegenheit von der „Heiligkeit“ der Verträge schwatzt, wenn es gilt, den Buchstaben des unsinnigen Diktates von Versailles gegenüber Deutschland durchzusetzen, ohne Rücksicht auf den Frieden, ohne Rücksicht auf die Wirtschaftskrise, ohne Rücksicht auf die 35 Millionen Arbeitslosen in der Welt.

Abschluß der Hauptausprache in London.

Der irische Vertreter fordert Revision der ungerechten Friedensverträge.

Die Hauptausprache der Weltwirtschaftskonferenz wurde am Donnerstagabend abgeschlossen.

Der Vertreter des irischen Freistaates, Connolly, erklärte u. a., die Wirtschaftskrise sei in erster Linie durch die sogenannten Friedensverträge, die den schwächeren Staaten auferlegt wurden, durch die Länderverstümmelungen, Grenzdiffinitäten und anderes gefördert worden. In dem Bericht des Organisationsausschusses verdiente der Hinweis auf die Revision der Friedensverträge, die durch Gewalt- oder Kriegsdrohungen oder wirtschaftliche Überlegenheit auferlegt worden seien, die allergrößte Beachtung. Die Revision dieser Verträge sei zur Beseitigung der Ungerechtigkeiten und zur Erzeugung des notwendigen Vertrauens erforderlich.

In der Nachmittagsitzung sprachen noch die Vertreter der Dominikanischen Republik, der Türkei, Mexiko, Albanien, Perus, Griechenlands, Lettlands, Haitis, Estlands, Neuseelands und Venezuelas.

Die Vorsitzenden der Londoner Ausschüsse.

Krogmann (NSDAP.), Vizepräsident des Wirtschaftsausschusses.

Das Büro der Weltwirtschaftskonferenz einigte sich über die Vorsitzenden und Mitglieder der beiden Konferenzausschüsse.

Zum Präsidenten des Ausschusses für Wirtschaft und Handel wurde Dr. Colijn, der holländische Ministerpräsident, ernannt. Die beiden Vizepräsidenten sind das deutsche nationalsozialistische Abordnungsmitglied Krogmann, der Oberbürgermeister von Hamburg, und der argentinische Abordnungsleiter Le Breton.

Zum Präsidenten des Währungsausschusses ist das amerikanische Abordnungsmitglied Gouverneur Coggswold ernannt worden, zu Vizepräsidenten der italienische Finanzminister Tug und der Präsident der österreichischen Nationalbank Dr. Kienböck.

„Die Worte hör' ich wohl, Allein mir fehlt der Glaube!“

Der fehlt nicht bloß jenen Leuten, die aus den siebenundzwanzig vorhergehenden Wirtschaftskonferenzen der Nachkriegszeit die zur Gewissheit gewordene Erfahrung entnommen haben, daß bei solch einer Konferenz um so weniger herauskommt, je größer sie ist, sondern diesen Mangel an Glauben erklärte der englischen Regierung und Herrn Neville Chamberlain ausgerechnet besser Vorgesänger im Schatzkanzleramt, Viscount Snowden, der einstige Gewerkschaftsführer und Ministerkollege seines damaligen Parteigenossen Macdonald. Auch bei ihm kam, wie bei manchem englischen Staatsmann, bei der Beurteilung der Verhältnisse namentlich in Deutschland erst dann die Vernunft, als er - politisch bedeutungslos geworden war. Solange er in der Macht lag, dachte er auf einer solchen Wirtschaftskonferenz - auf jener nämlich, die den Young-Plan annehmen und nebenbei angeblich auch noch den Krieg reiflos liquidieren sollte - seinen Augenblick daran, „einen Teil der Vorurteile beiseitezustellen“, oder daran, „bereit zu sein, etwas aufzugeben, um mit den anderen zu einem Übereinkommen zu gelangen“. Sondern er wollte lieber jene ganze Konferenz in die Luft fliegen lassen, ehe er darin einwilligen würde, daß Deutschland für die völkerrechtswidrige Beschlagnahme, Verschleuderung und Zerstörung deutschen Privateigentums in England während des Krieges nun einigermaßen entschädigt wurde. Das war eine der übelsten

Wer ist Hausgehilfin?

Neue Richtlinien.

Die Befreiung der Hausgehilfinnen von der Pflicht zur Arbeitslosenversicherung hat Zweifelsfragen aufzuwerfen lassen, wer zu den Hausgehilfinnen zu rechnen ist. Vorbeugend hat daher der Präsident für die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Dr. Syrup, in einem Erlaß Gelegenheit genommen, den Begriff der Hausgehilfinnen zu erläutern.

Durch die Bestimmung des Gesetzes wird nur das weibliche Personal erfasst, das häusliche Arbeiten gegen Lohn ausführt und in die häusliche Gemeinschaft des Arbeitgebers aufgenommen ist. Dabei sind unter „häuslichen Arbeiten“ Dienste zu verstehen, die geeignet sind, einen Haushalt in Gang zu halten, wie z. B. Reinigen der Wohnräume, Heizen, Kochen, Bedienung der Mitglieder des Haushalts, Wartung der Kinder usw. Unterliegt die Tätigkeit einer im Haushalt beschäftigten Kraft der Arbeitslosenversicherungspflicht, so ist auch weiterhin eine Versicherungspflicht für die Arbeitslosenversicherung gegeben. Dies kann gelten z. B. für Hausdamen, Gesellschafterinnen, meist aber nicht für sogenannte Wirtschaftsfrauen. In Grenzfällen wird eine Entscheidung nur nach genauer Prüfung der Lage des Einzelfalles möglich sein.

Die Aufnahme in die häusliche Gemeinschaft ist nach der Reichsversicherungsordnung und der einheitlichen Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes wesentliches Merkmal des Begriffs der Hausgehilfin. Dabei ist im allgemeinen anzunehmen, daß jemand regelmäßig nur dann in die häusliche Gemeinschaft des Arbeitgebers aufgenommen ist, wenn er bei ihm wohnt. Nicht selten veranlassen verschiedene Umstände, insbesondere der Raumangel in der Wohnung des Arbeitgebers, daß Hausgehilfinnen sich nur tagsüber in der Wohnung des Arbeitgebers aufhalten, für die Nacht aber in ihre eigene oder in die Wohnung ihrer Eltern zurückkehren. In solchen besonderen Fällen kann die Beschäftigung das Gepräge einer echten Hausgehilfinnenstelle gleichwohl behalten. Die häusliche Gemeinschaft muß sich dann aber auf eine andere Weise klar ergeben. Dazu gehört, daß die betreffende Hausgehilfin einmal tagsüber in der Wohnung des Arbeitgebers beschäftigt wird, also grundsätzlich für keinen anderen Arbeitgeber tätig ist, zum anderen, daß sie zu den Wohn- und Wirtschaftsräumen in der gleichen Weise allgemeinen Zutritt hat wie üblicherweise das Hauspersonal; weiter muß sie die volle Kost im Haushalt des Arbeitgebers erhalten. Es sind also z. B. Kräfte, die lediglich für einen Tag oder einige Stunden des Tages vom Arbeitgeber beschäftigt werden (Stundenfrauen, Reinemachefrauen, Zugeherinnen, Waschfrauen, Näherinnen und ähnliche Arbeitnehmer), keine Hausgehilfinnen im vorliegenden Sinne.

Nicht zu den Hausgehilfinnen gehören Kellnerinnen, Zimmermädchen und sonstiges Bedienungspersonal in Pensionen und Pflegeanstalten usw.; sie sind vielmehr Gewerbegehilfinnen. Findet die Beschäftigung zum Teil in der eigentlichen Hauswirtschaft und zum Teil im Betriebe oder Erwerbsgeschäft des Arbeitgebers statt, so ist die Versicherungspflicht gegeben, es sei denn, daß die Beschäftigung im Betriebe oder Erwerbsgeschäft so geringfügig ist, daß sie für sich allein betrachtet frei von der Krankenversicherungspflicht wäre. Derartige gemischte Beschäftigungen liegen insbesondere bei Küchen- und Hausmädchen in Gasthöfen, bei Hausmädchen in Haushaltungen von Vätern, Fleischern, kleinen Kaufleuten und bei ähnlichen Arbeitsverhältnissen vor.

Die Aufgabe der Wohnungsfürsorgegesellschaften im Rahmen des Regierungsprogramms.

Es ist vielfach in letzter Zeit die Meinung vertreten worden, daß mit dem Ende des überwindenen Systems auch die Wohnungsfürsorgegesellschaften aufgelöst werden. Derartige Forderungen sind noch vor kurzem gestellt worden. Das Preussische Staatsministerium hat nunmehr zu dieser Frage durch eine Erklärung des Beauftragten des Preussischen Staatsministeriums, W. Gumbert eine grundlegende Entscheidung getroffen, die folgenden Wortlaut hat:

„Das Preussische Staatsministerium hat mich zum geschäftsführenden Vorstand des Reichsverbandes der Wohnungsfürsorgegesellschaften bestellt, nachdem bereits durch Erlaß des Preussischen Ministers für Wirtschaft und Arbeit vom 28. 4. 33 die Neubildung der Aufsichtsräte der preussischen provinziellen Heimstätten angeordnet war.

Es ist vielfach angenommen und verbreitet worden, die Regierung der nationalen Erhebung wolle die Wohnungsfürsorgegesellschaften als Überreste der marxistischen Staatsführung und Wirtschaft beseitigen. Die Annahme ist unrichtig, im Ausgangspunkt und im Ziel.

Die preussischen Heimstätten verdanken ihre Entstehung dem vorrevolutionären preussischen Wohnungsgesetz, das den Willen der damaligen Regierung zur Schaffung gesunder, billiger und reinlicher Klein- und Mittelwohnungen Ausdruck gibt. Schon damals ging das Bestreben der staatlichen Siedlungspolitik nach der Auflockerung der Großstädte durch geeignete Flächenaufteilungs- und Baupläne, schon damals wollte man vom Hochbau zum Flachbau übergehen, von der Mietkasernen zum Eigenheim. Wenn die Wohnungsfürsorgegesellschaften dieser staatlichen Siedlungspolitik nicht immer und überall Eingang verschaffen konnten, so ist das zum Teil darauf zurückzuführen, daß diese Gesellschaften als gewerkschaftliche Unternehmungen nicht den entscheidenden Einfluß auf die Leitung der öffentlichen Mittel für den Wohnungsbau hatten und als Organe der staatlichen Wohnungspolitik in dem Nebeneinander und Durcheinander der Reichs- und Staatsverwaltung von ihrem eigentlichen Ziel abgelenkt wurden.

Die Gleichhaltung der Verwaltung in Reich, Ländern und Gemeinden wird im Zusammenhang mit der Gleichhaltung bei den Wohnungsfürsorgegesellschaften eine ausreichende Gewähr für eine einheitliche bau- und siedlungspolitische Planung und die Durchsetzung des staatlichen Willens in der Wohnungspolitik bieten. Die provinziellen Heimstätten werden dann die geeigneten Instrumente der nationalen und sozialen Regierung zur Durchführung des von ihr als richtig anerkannten Siedlungsprogramms sein. Die Gesellschaften sollen also nicht ausgeschaltet, sondern eingeschaltet werden in das große Programm des wirtschaftlichen Aufbaues des Reichskanzlers Adolf Hitler.

Die Regierung wird in allernächster Zeit die Richtlinien erlassen, die die Aufgaben der Heimstätten im Rah-

Wie Habicht ausgewiesen wurde.

Reichsminister Dr. Goebbels über den Konflikt mit Österreich.

Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Dr. Goebbels, gab vor der deutschen Presse Erklärungen über den Konflikt zwischen Österreich und dem Deutschen Reich ab, in denen er u. a. ausführte: „Es ist ein Irrtum, wenn man annehmen wollte, daß die Reichsregierung diesen Konflikt provoziert hätte, um damit Parteistandpunkte zu vertreten. Der Konflikt ist auf folgende Weise entstanden:

Am 30. Januar ist in Deutschland die nationalsozialistische Bewegung an die Macht gekommen. Das hat mit sich im Gefolge geführt, daß selbstverständlich auch die innere Gesetzmäßigkeit dieser Partei zuzüglich ihrer Symbole in Deutschland statischen Rang erhalten haben. In Österreich steht die nationalsozialistische Bewegung in der Opposition. Es ergab sich aus dieser Zwitterstellung eine Unsumme von Konflikten. Wir konnten nicht zulassen, daß deutschen Staatsbürgern im befreundeten Österreich das Tragen ihrer in Deutschland

mit staatlichem Rang umkleideten Symbole verboten werden konnte. Vor allem in der Reisezeit waren Konflikte ganz unvermeidbar. Das ist der einzige Grund, warum wir durch eine hohe Sichtsgebur die Einreise nach Österreich reglementieren. Es kann keine Rede davon sein, daß bei diesen Konflikten irgendwelche Parteirücksichten mitsprachen. Die deutsche Reichsregierung ist nur von dem Bestreben geleitet gewesen, Konflikte und diplomatische Zwischenfälle, die das Ver-



Reichstagsabgeordneter Habicht berichtet über seine Verhaftung und Ausweisung aus Österreich.

Der von der österreichischen Regierung ausgewiesene deutsche Presseattaché bei der Wiener Gesandtschaft, der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Habicht (stehend, links), schilderte nach seiner Ankunft in Berlin der Presse die

Vorgänge in Wien und Linz. Neben ihm stehend Reichsminister für Propaganda und Volksaufklärung, Dr. Goebbels.

hältnis zwischen Österreich und Deutschland einer unerträglichen Spannung aussetzen, zu vermeiden.

Dazu tritt nun der Fall Habicht. Habicht ist Presseattaché bei der deutschen Botschaft in Wien. Er ist dazu vom Reichsaussenminister ernannt worden. Er genießt also das Recht der Exterritorialität. Wenn die österreichische Regierung sich darauf beruft, daß sie von der Bestellung Habichts keine Kenntnis genommen habe, und wenn über diese Frage ein Streit entstanden ist, so ist es ein Gesetz des Völkerrechts, daß bis zur endgültigen Lösung des Streits das Recht der Exterritorialität gewahrt wird.

Die österreichische Regierung hat sich gegen jede Völkereinschränkung und gegen jede internationale Regelung über das Recht der Exterritorialität hinweggesetzt. Sie hat Habicht unter Anwendung von Gewalt verhaften lassen, ihn in eine schmutzige Zelle geschickt und damit einen diplomatischen Zwischenfall geschaffen, den die Reichsregierung nicht unbeantwortet lassen konnte. Es war deshalb selbstverständlich, daß die Regierung der österreichischen Presseattaché in Berlin ähnlich behandelte.

Ich möchte diese Gelegenheit benutzen, um noch einmal zu betonen, daß die deutsche Reichsregierung sich in dieser ganzen Streitfrage von keinerlei Parteirücksichten leiten läßt, es geht uns nur darum, Zwischenfälle zu vermeiden, die das Verhältnis zwischen Österreich und Deutschland in eine Spannung verfehren würde, die ganz unerträglich wäre. Ich benutze diese Gelegenheit auch, um unsere

men des großen Siedlungsprogramms bestimmen und gegenüber der öffentlichen Verwaltung und anderen gemeinnützigen Organisationen abgrenzen.“

Wohnungsfürsorgegesellschaft für die Provinz Westfalen, die unter diese Regelung fällt, ist die Westfälische Heimstätte G. m. b. H. mit dem Sitz in Dortmund. Soweit andere örtliche Bauvereinigungen den Namen Wohnungsfürsorgegesellschaft tragen, fallen sie nicht unter diese Erklärung. Jedoch ist auch die Gleichhaltung bei sämtlichen gemeinnützigen Wohnungsunternehmen bereits in der Durchführung begriffen, da das Preussische Staatsministerium auch hierfür einen Beauftragten bestellt hat. In welcher Weise im einzelnen die Aufgaben der Wohnungsfürsorgegesellschaften und damit der Westfälischen Heimstätte innerhalb der Provinz Westfalen auf die Erfordernisse der neuen Zeit umgestellt werden, wird sich aus den von dem Beauftragten des Preussischen Staatsministeriums ergehenden Richtlinien ergeben. Wir werden darüber später berichten.

Die Handwerkskammer zu Arnberg teilt mit:

Aus der Arbeit der Spitzenorganisation des Handwerks. Reklameverwendungen von Warenhäusern.

Nach der Unterbindung der Rundfunkreklame und infolge der beschränkten Möglichkeiten in der Tagespresse zu werben, sind Warenhäuser und Einzelhandelsgeschäfte in zunehmendem Maße dazu übergegangen, die Bevölkerung mit Kurssendungen zu bearbeiten, die durch die Reichspost zugestellt werden. Während die Reichsregierung ihre Absicht kund getan hat, die Betätigung der Unternehmen der genannten Art einzuschränken, wird hier eine Reichseinschränkung benutzt, um die Ausführung dieser Absicht zu erschweren. Der Reichsverband des deutschen Handwerks hat

freundschaftlichen Gefühle für das österreichische Volk zum Ausdruck zu bringen. Die deutsche Reichsregierung und mit ihr das ganze Volk ist von dem Bestreben geleitet, dem österreichischen Volk seine warme Sympathie und tiefe Herzlichkeit zu bekunden.

Wir sind der Meinung, daß das österreichische Volk sich über diese Zwischenfälle, die von der Regierung Dörfles heraufbeschworen sind, seine eigene Meinung machen wird.“

Am Anschluß an die Ausführungen des Ministers gab der Presseattaché Habicht eine Darstellung von seiner Verhaftung und Ausweisung. Er erklärte, die Forderung seiner Verhaftung und Ausweisung sei schon seit Wochen von einer gewissen Presse in Wien immer wieder erhoben und als bevorstehend verkündet worden. Schon vierundzwanzig Stunden vor seiner Verhaftung habe seine Wohnung unter Kriminalpolizeilicher Bewachung gestanden. Am Dienstag in aller Frühe sei nun die Kriminalpolizei erschienen. Als Habicht unter Vorzeigung des Diplomatenpasses sich weigerte, die Beamten in seine Wohnung zu lassen, wurde

die Tür von Schloßern erbrochen.

Die Beamten beschlagnahmten dann einige bedeutungslose Akten, die sie bei einer Durchsuchung an anderer Stelle schon einmal hatten liegen lassen. Morgens um sechs Uhr wurde Habicht dann aufgefordert, zur Polizeidirektion zu kommen. Habicht erwiderte, daß er hierzu keine Veranlassung habe. Die Beamten legten dann Hand an, worauf Habicht notgedrungen zur Polizeidirektion folgen mußte. Dort wurde er

wie ein Landstreicher behandelt.

Man nahm ihm alles ab, einschließlich der Krawatte, damit er sich nicht aufhänge. Von den drei Insassen der Zelle, in die Habicht eingesperrt wurde, stand der eine unter der Anschuldigung von Sauerzessen, der andere von Raufhandel und der dritte von Landstreicherei. Die Forderung Habichts, mit dem deutschen Gesandten in Wien in telefonische Verbindung zu treten, wurde erst 40 Stunden später, kurz vor der Abreise genehmigt. Als die weiteren Proteste Habichts nichts fruchteten, verweigerte er die Nahrungsaufnahme.

Am Mittwochmittag wurde Habicht schließlich mitgeteilt, daß er ausgewiesen werden würde. Die Frau Habichts wurde über den Zeitpunkt und Weg der Abreise im unklaren gelassen. Habicht wurde dann aufgefordert, die Fahrt nach Passau in seinem eigenen Kraftwagen zu machen. Der Grund hierfür ist höchst bemerkenswert: Wenn einem Polizeiauto mit Habicht etwas passiert wäre, dann hätte man nachher sagen können, daß man einen „Fememord“ an Habicht hätte begehen wollen.

Habicht erklärte zum Schluß, daß die Beamten in Linz wiederholt betont hätten, daß sie von sich aus niemals so gehandelt hätten, sondern daß alles auf Anweisung des Bundeskanzleramtes in Wien geschehen sei.

Der aus Deutschland ausgewiesene österreichische Presseattaché Dr. Wafferbach hat Berlin verlassen.

Schritte getan, den Warenhäusern und Einzelhandelsgeschäften auch diesen Reklameweg zu verlegen.

Befreiung der von Handwerkern beschäftigten Hausgehilfinnen von der Arbeitslosenversicherung.

Von den Versicherungs- und Arbeitsämtern wird vielfach die Auffassung vertreten, daß die erlassenen Befreiungsvorschriften für Hausgehilfinnen von der Arbeitslosenversicherung und die Senkung der Invalidenversicherungsbeiträge nur für diejenigen in Frage kommt, die in privaten Haushaltungen beschäftigt werden. Sobald die Hausangeestellten nebenbei gewerbliche Dienste leisten müssen, werden die Vergünstigungen nicht zuerkannt. Damit würden die von Handwerkern beschäftigten Hausgehilfinnen in der Regel von den Eingangs erwähnten Erleichterungen ausgeschlossen. Das würde ohne Zweifel die Gefahr nach sich ziehen, daß das Handwerk kaum noch weitere Hausgehilfinnen einstellen könnte. Der Reichsverband des deutschen Handwerks hat beim Reichsarbeitsminister angeregt, daß auch Hausgehilfinnen in gewerblichen Haushaltungen, die überwiegend mit Hausarbeiten beschäftigt werden, von den Vergünstigungsbestimmungen erfasst werden und zwar unabhängig davon, ob sie bei einer Ortskrankenkasse oder Innungskrankenkasse für den Fall der Krankheit versichert sind.

Gegen den Beamtenhandel.

Der Reichsverband des deutschen Schneidergewerbes hat im Benehmen mit 2 großen Tuchhändlerverbänden dem Reichsminister des Innern und dem Reichswirtschaftsminister eine Denkschrift vorgelegt, in der zur Verhinderung einer weiteren Schädigung des gewerblichen Standes durchgreifende Maßnahmen gegen den Beamtenhandel gefordert werden. Die Forderungen der Denkschrift sind vom Reichsverband des deutschen Handwerks unterstützt worden.

Alle Kampfringsführer stehen zu Eugenbergs.

Sämtliche Kampfringsführer der Deutschnationalen Front erklären, wie die Deutschnationale Pressestelle teilt, folgendes: „Die Kampfringsführer der Deutschnationalen Front verzichten darauf, der Aufforderung von Herrn Dr. Gisevius und Herrn Plume zu entsprechen. Sie bleiben, was sie waren: In treuer Gefolgschaft zu Dr. Eugenbergs.“

Am Montag, dem 19. Juni, am Geburtstag Eugenbergs, spricht abends um 20.05 Uhr der Presseführer der Deutschnationalen Front, Hauptmann a. D. Profius im Rundfunk in einem kurzen Vortrag über „Eugenbergs und sein Werk“. Der Vortrag geht über alle deutschen Sender.

Die Hilfe für die arbeitslose Jugend.

Über die zahlenmäßige Auswirkung der vom Reich geförderten bzw. unterstützten Hilfsmaßnahmen für die arbeitslose Jugend geben die monatlichen Berichte der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung über den Arbeitsmarkt im Deutschen Reich Aufschluß.

Es wurden am 30. April 1933 als Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung 57 546 Jugendliche unter 21 Jahren gezählt. Damit ist aber keineswegs die Gesamtzahl der erwerbslosen Jugend angegeben. Am gleichen Stichtage waren nach dem Bericht des Reichskommissars für den Arbeitsdienst 235 064 Jugendliche bei 5915 Maßnahmen des Arbeitsdienstes beschäftigt. Zudem wurden am Monatsende April 1579 Maßnahmen des Notwerks der deutschen Jugend festgestellt, durch die 88 021 Jugendliche erfasst wurden. Bei den beruflichen Ausbildungsmaßnahmen (Lehrjahren) der Reichsanstalt — insgesamt 2638 — wurden am gleichen Stichtage 68 249 Jugendliche gezählt.

Eine Erklärung von Wehrkreis-pfarrer Müller.

Wehrkreispfarrer Müller hat die folgende Erklärung der Öffentlichkeit übergeben:

„Durch mißverständliche Äußerungen in der Presse ist der Anschein entstanden, als ob ich beim Neubau der Kirche der Bekenntnisfrage eine nur untergeordnete Bedeutung zumäße. Ich stehe nach wie vor uneingeschränkt auf dem Boden dessen, was in unseren Richtlinien über den Bekenntnisstand niedergelegt ist, d. h., wir treten ein für völlige Wahrung des Bekenntnisstandes der Reformation, verlangen aber von diesem Grunde aus ein brennend notwendiges Wort der Kirche zu den brennenden Fragen der Gegenwart. Es ist selbstverständlich, daß das für uns keine leeren Worte sind, sondern daß wir für die Durchführung des Erstrebten mit aller Energie und Verantwortung eintreten.“

Auflösung der preussischen Landwirtschaftskammern.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat das preussische Staatsministerium in seiner Sitzung am 15. Juni eine Verordnung über die Auflösung der preussischen Landwirtschaftskammern beschlossen.

Die zur Ausführung der Verordnung erforderlichen Bestimmungen erläßt der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, der insbesondere auch die Kommissare einsetzt, die bis zur Konstituierung der neu gewählten Kammern die Geschäfte führen. Es ist sichergestellt, daß schon durch die Auswahl der Kommissare die notwendige politische Befriedung in den interessierten Kreisen einsetzt wird. Bei der Neuordnung der Landwirtschaftskammern werden die Interessen des Landvolkes voll zur Geltung kommen. Die Neuwahlen zu den Landwirtschaftskammern werden beschleunigt durchgeführt werden.

Trennung der Städte München-Gladbach und Rheddt.

Das preussische Staatsministerium hat ferner ein Gesetz verabschiedet, durch das die im Zusammenhang mit der kommunalen Neugliederung des rheinisch-westfälischen Industriegebietes vereinigten Städte München-Gladbach und Rheddt wieder getrennt werden. Die Vereinigung dieser Städte, die seinerzeit einer der am heißesten umstrittenen Abschnitte des Umgemeindungsgesetzes gewesen ist und erst im letzten Augenblick auf Grund von politischen Vereinbarungen der damals herrschenden Parteien zustande kam, war in keiner Weise zweckmäßig.

Die Staatsregierung hat anerkannt, daß daher im Falle Gladbach-Rheddt ganz besondere Gründe für die Rückgemeindung sprechen. Sie ist sich aber gleichzeitig dahin schlüssig geworden, im allgemeinen Interesse der Wirtschaft, die dringend der Beruhigung bedarf, grundsätzlich weiteren Wünschen auf Wiederabänderung der kommunalen Grenzen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet nicht mehr stattzugeben.

Selbstmord eines Landrates.

Die Gründe unbekannt.

Der Landrat des Kreises Belgard (Pommern), Dr. Braun, hat in seinem Dienstzimmer seinem Leben durch Erschießen ein Ende gemacht. Über die Beweggründe ist noch nichts bekannt. Dr. Braun hat auch keinerlei Angaben hinterlassen, die Aufschluß geben könnten.

Am 1. Oktober 1929 wurde Dr. Braun zum Landrat des durch die Zusammenlegung der Kreise Belgard und Schwelbin ungewöhnlich groß gewordenen neuen Landkreises Belgard berufen. Dr. Braun stand im fünfzigsten Lebensjahre, war verheiratet und Vater von drei Kindern.

Roosevelt im Senat überstimmt.

Der Präsident erhebt Einspruch.

Die Pläne des amerikanischen Präsidenten Roosevelts, die Unterstützungen für die amerikanischen Kriegsteilnehmer erheblich (über 25 Prozent hinaus) zu

Chorleiterkursus im Sängergau Lüdenscheld-Altena

Volme-Bezirk (4. Bezirk.)

—! Brügge, 15. Juni 1933. Strahlender Sonnenschein — im Saale Wünsche, Brügge-Winkelhausen versammeln sich 12 Kursusteilnehmer, ein klanglich hervorragender Flügel (Steinway & Söhne) aus dem Pianohaus von Bremen-Dortmund wird die Kursarbeit unterstützen. Die Bereitwilligkeit und pünktliche Lieferung des Flügels löst Dank und Anerkennung in den beteiligten Kreisen aus. Der Bezirksvorsitzende Herr Schlömer, Oberbrügge eröffnet den Kursus unter Leitung des Herrn Musikdirektors Plantenberg-Necklinghausen, begrüßt die Anwesenden und weist auf Ziel und Zweck dieser bedeutungsvollen Tagung hin und wünscht ihr einen guten Erfolg.

Herr Musikdirektor Plantenberg führt in seiner Ansprache aus, daß, wenn die Arbeit fruchtbar gestaltet werden soll, es sich nicht um „geschlossene“ Vorträge handeln darf. An ihre Stelle tritt eine Arbeitsmethode, die alle Fragen der Chorleitung und Chorziehung in „anregender“ Weise behandelt und dadurch stets zu wechselseitiger Aussprache, zu Fragen und Antworten führt. Wir sind nicht „Lehrer“ und „Schüler“, sondern bilden eine Arbeitsgemeinschaft, die getragen wird von dem guten Willen aller, das Beste zu erreichen. Höhepunkte feierlichen Erlebens zeigte sich, als Herr Plantenberg auf die nationale Erhebung hinwies, auf die Begriffe „deutscher Boden — Heimat“ und „Volkstum“ als Inhalt des Kulturbegriffes. Im Dienste der Nation steht der deutsche Männergesang, in engster Verbundenheit mit den übrigen Zweigen der deutschen Musikpflege.

Reichhaltiger Stoff liegt für die Männerchorliteratur zur Bearbeitung. Gesanglich hochwertige Volkslieder sind mehr und mehr zum deutschen Idealgut geworden, die über die Zeit der Schlager in unsere Zeit hindübergerettet worden sind. Dirigierübungen eines jeden Teilnehmers zeigten von Erfahrungen in der Chorliteratur. Die rhythmische Führung des Chores schaltet das Dirigieren nach Worten völlig aus, da den interessanten Übungen an reinen Notenwerten besondere Bedeutung beizumessen ist. Der Kursus umfaßt u. a. die Programmgestaltung

kurzen, wurden vom Senat mit 51:39 Stimmen abgelehnt. Statt dessen wurde ein weniger weitgehender Plan angenommen. Gegen diesen Plan wird Roosevelt sein Veto einlegen.

Am Tag vorher war es in beiden Häusern des Parlamentes der Vereinigten Staaten, dem Senat und dem Abgeordnetenhaus, zu

stürmischen Auftritten

gekommen, als die englische Teilzahlung der fälligen Schuldentrate erörtert wurde. Die oppositionellen republikanischen Abgeordneten äußerten sich teilweise in grenzenloser Wut und mit außerordentlicher Schärfe. Ein Redner versetzte sich zu der Behauptung, Roosevelt mache „Wallstreet-Politik im Interesse Morgans“. Gerade dieser Vergleich ist äußerst bezeichnend für die Stimmung weiter amerikanischer Kreise. Die Demokraten verteidigten zwar Roosevelt, drückten dagegen unzweideutig aus, daß auch sie unter keinen Umständen einer Streichung oder Herabsetzung der Schulden zustimmen würden.

England zahlt aus den Silbervorräten des indischen Schatzkammes.

Die Zahlung der am Donnerstag fälligen Rate an Amerika wird, Pressemeldungen zufolge, in der Weise durchgeführt werden, daß der Betrag von rund 20 Millionen Unzen Silber, der der Teilzahlung von 10 Millionen Dollar zum Satz von 50 v. H. je Unze Silber entspricht, den großen Silbervorräten des indischen Schatzkammes entnommen und direkt von Bombay nach New York verschifft würde.

Lokales und Provinzielles.

Salver, den 16. Juni 1933.

Mutter und Kind bei der Volkszählung.

Bei der Volkszählung am 16. Juni werden sämtliche verheirateten Frauen nach der Zahl ihrer Kinder gefragt. Die betreffende Sonderfrage (auf der zweiten Seite der Haushaltsliste links unten) ist offenbar vielfach mißverstanden worden. Es wird daher ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Ergänzungsfragen über die Kinderzahl für jede Ehefrau zu beantworten ist. Ist im Haushalt (außer der Ehefrau des Haushaltungsvorstandes) noch eine zweite verheiratete Frau anwesend, z. B. eine verheiratete Tochter oder dergl., so müssen die gleichen Fragen selbstverständlich auch für diese beantwortet werden. Für keine Ehefrau im Deutschen Reich dürfen diese Angaben über die Kinderzahl fehlen, da nur so ein zuverlässiger Überblick gewonnen werden kann über die Zahl und Größe der Familien. Die Angaben werden wie alle anderen Fragen der Zählung nur für statistische Zusammenstellungen verwendet.

—* Vom Arbeitsamt Lüdenscheld wird uns mitgeteilt:

Landwirte!

habt Ihr den Artikel über Landhilfe in der gestrigen Ausgabe dieser Zeitung gelesen?

Wenn über einige Fragen der Landhilfe noch Unklarheiten bestehen, sollen sie im Folgenden geklärt werden:

1. Der Betriebsinhaber nimmt den Landhelfer in den landwirtschaftlichen Betrieb und in die Hausgemeinschaft auf. Er verpflichtet sich, ihn in alle im Betrieb vorkommenden Arbeiten einzuführen und ihm Gelegenheit zu geben, sich nach seinen Fähigkeiten alle landwirtschaftlichen Kenntnisse anzueignen. Der Landhelfer soll also in der Landwirtschaft möglichst alle vorkommenden Arbeiten in Hof und Stall, Feld und Garten erlernen.

2. Der Betriebsinhaber verpflichtet sich, mit dem Landhelfer einen Arbeitsvertrag von mindestens 6monatiger Dauer abzuschließen. Die ersten 4 Wochen gelten als Probezeit.

3. Dem Landhelfer ist eine angemessene Vergütung, sowie ausreichende kräftige Kost und gesundheitlich einwandfreie Unterkunft zu gewähren.

4. Der Betriebsinhaber verpflichtet sich, seine Ansprüche auf Gewährung von Steuergutschriften für die Mehrbeschäftigung an die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, vertreten durch das Arbeitsamt Lüdenscheld, insoweit abzutreten, als ihm Landhilfe gewährt wird.

5. Der Helfer ist verpflichtet, den Weisungen des Betriebsinhabers pünktlich Folge zu leisten und die ihm über-

tragenen Arbeiten ordnungsmäßig und gewissenhaft entsprechend den Anweisungen des Betriebsinhabers auszuführen.

6. Der Helfer verpflichtet sich, die Arbeitsstelle nach der Probezeit nicht vor ordnungsmäßigem Ablauf des Vertrages zu verlassen, es sei denn, daß ein wichtiger Grund zur sofortigen Lösung des Vertrages gegeben ist.

7. Wenn die Förderung vom Arbeitsamt Lüdenscheld nach den gesetzlichen Vorschriften anerkannt ist, erhält der Landwirt einen schriftlichen Bescheid. Für jeden von ihm zusätzlich beschäftigten Helfer, wird ihm eine Beihilfe aus Mitteln der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ausbezahlt. Mehr als 2 Helfer können in einem Betriebe aber nicht gefördert werden.

8. Die Beihilfe ist von den Landwirten nach Ablauf des Monats auf einem besonderen Formular, daß ihm vom Arbeitsamt zugesandt wird, anzufordern. Bei der Ausstellung des Formulars sind ihm das Arbeitsamt Lüdenscheld und seine Neben- bzw. Hilfsstellen in Altena, Werbühl, Plettenberg, Halber und Kierspe sowie der Gemeindevorsteher oder die Krankenkasse gern behilflich.

9. Die Beihilfe wird dem Landwirt vom Arbeitsamt Lüdenscheld gezahlt und ihm durch die Post zugesandt oder auf sein Sparkassen- oder Bankkonto überwiesen. Dem Landwirt wird also jede Arbeit erleichtert und jeder Weg abgenommen.

Landwirte verbessert durch die Landhilfe Eure Lage und gebt arbeitsloser Jugend in Stadt und Land, die mit frischen Kräften auf Arbeit warten, Arbeit und Brot! Somit vermindert Ihr auch die Arbeitslosigkeit, dient dem Vaterlande, also auch Euch selbst!

—* Aus der Regierung. Der Kreisinspektor Hinrichs, bisher bei der Regierung in Aurich, ist als Regierungsinspektor zur Regierung in Arnberg versetzt worden. — Regierungsrat Freiherr v. Hohensteinberg gen. Wgandt beim Polizeipräsidium in Dortmund ist zum Oberregierungsrat ernannt worden.

—* Bericht über die Arbeitsmarktlage im Bezirk des Arbeitsamtes Lüdenscheld in der Zeit vom 16. — 31. 5. 1933.

Der Arbeitsmarkt im Bezirk des Arbeitsamtes Lüdenscheld, stand in der zweiten Maihälfte im Zeichen des konjunkturellen Aufschwungs und hat sich weiter gebessert. Durch die fortlaufenden Neueinstellungen in der Metallindustrie und auch des Baugewerbes ist die Zahl der Arbeitsuchenden gegenüber dem Stande vom 15. 5. 33 um weitere 501 zurückgegangen.

Gezählt wurden am 31. 5. 33: Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung 359 (373) in der Krisenfürsorge 1712 (1844) Arbeitsuchende ohne Unterst. einschl. d. v. Wohlf.-u. berent. Arbeitsl. u. Notst. 4256 (4611) insgesamt: 6327 (6828)

Diese verteilen sich wie folgt:

Hauptunterstützungsempf. Arbeitsl. = Krisen- Unterst. Unterst. m. w. m. w. Arbeitsuchende ohne Unterst. einschl. der Wohlfahrts-G. Auf- Stadt Lüdenscheld 93 12 421 37 1097 1660 Amt Lüdenscheld 26 2 171 15 435 649 einschl. Gem. Hülfscheld

Amt Halber 32 1 133 2 266 434 Amt Kierspe 21 — 65 1 234 321 Amt Neuzhagen 9 1 49 2 77 138 Stadt Altena 45 4 226 9 712 996 Amt Werbühl 52 2 202 11 563 830 Amt Neuenrade 14 1 61 2 172 250 Stadt Plettenberg 14 1 142 1 361 519 Amt Plettenberg 19 4 133 — 228 384 Amt Hirschfeld 6 — 27 2 111 146

zusammen: 331 28 1630 82 4256 6327

—* Sonntagsfahrkarten aus besonderem Anlaß. Zum Besuch der Tagung des Reichseinheitsverbandes des Deutschen Gaststättengewerbes in Düsseldorf am 20. 6. 1933 werden von allen Bahnstellen im Umkreis von 250 km um Düsseldorf Sonntagsfahrkarten oder Blankosonntagsfahrkarten nach Düsseldorf mit Geltungsdauer zur Hin- und Rückfahrt am 20. 6. 33 von 0 Uhr ab und zur Rückfahrt am 20. 6. von 16 Uhr ab bis 21. 6. 33 — 9 Uhr — Zutritt der Rückfahrt ausgegeben werden. Die Karten dürfen nur gegen Vorzeigung der Einfaßkarten zu dieser Versammlung abgegeben werden.

Zum Verbandstag des Provinzialverbandes der Friseur in Bad Königsborn können von allen Bahnstellen im Umkreis von 150 km um Unna Sonntagsrückfahrkarten

oder Blanksonntagsfahrkarten nach Unna mit folgender Geltungsdauer ausgegeben werden: Einfahrt vom 17. 6. 1933 12 Uhr bis 19. 6. 1933 24 Uhr (Antritt der Einfahrt). Rückfahrt vom 17. 6. 12 Uhr bis 20. 6. 9 Uhr (Antritt der Rückfahrt). Die Sonntagsfahrkarten dürfen nur gegen Vorzeigung des Einladungscheins oder eines Ausweises der örtlichen Zünfte ausgetauscht werden.

—* In der Dortmunder Westfalenhalle wird im Rahmen des Volksfestspiels die Aufführung des „Wilhelm Tell“ des Deutschen Theaters Berlin, welche der Herr Reichsminister Dr. Goebbels als den „Tell der nationalen Revolution bezeichnete, in der Zeit vom 10.—18. Juni (mit Ausnahme des 12. und 16. Juni) zur Darstellung gelangen. Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Herr Dr. Joseph Goebbels, hat das Protektorat über diese Festspiele übernommen. Der Herr Reichsminister verbindet hiermit die Absicht, den schwer ringenden deutschen Theatern einen starken und bedeutungsvollen Auftrieb zu geben. Bewußt ist diese Aufführung nach Westdeutschland gelegt und bewußt in dem Rahmen der größten Halle, der Westfalenhalle, gestellt, weil gleichzeitig hier ein Auftritt zur Erhebung des Volkstheaters geschaffen werden soll, welches berufen sein soll, das Theater dem Volk und das Volk dem Theater wieder nahe zu bringen. Der Herr Reichsminister hat sich an die Gauleitungen des Ruhrgebietes der NSDAP. gewandt, welche ihrerseits bereits eine umfangreiche Organisation in die Wege geleitet haben. Deutschnationale Volkspartei, Stahlhelm, D. D. V., nationale Verbände usw. haben sich gleichfalls hinter diese Festspiele gestellt. Die Reichsbahn ihrerseits hat durch Einräumung verbilligter Fahrpreise dazu beigetragen, auch für weiter gelegene Gegenden den Besuch der Festspiele möglichst billig zu gestalten.

Salver

—(Sein 80. Lebensjahr konnte gestern, 15. Juni, Rentner Wilhelm Buschhaus zu Im Wiebusch, volenden. Der Hochbetagte erfreut sich noch seltener körperlicher und geistiger Rüstigkeit und Frische. Wir entbieten noch nachträglich unsere herzlichsten Glückwünsche!

—* Wie aus dem Inseratenteil ersichtlich spielt an beiden Kirmestagen in der Karlshöhe die Standarten-Kapelle 137 zu deutschen Tänzen, worauf hiermit noch besonders hingewiesen wird.

—*) Fronleichnam. Die kath. Kirche beging gestern das Fronleichnam-Fest. Den Höhepunkt erreichte es in der Prozession, die nach dem Hauptgottesdienst um die Kirche sich bewegte. Die Kirche und das Pastoratsgebäude waren festlich geschmückt. Die Gemeindeglieder beteiligten sich sehr zahlreich an der Prozession.

Kierspe

—s Verhängnisvoller Sturz. Einem unserer Mitbürger sprang gestern nachmittag ein Kind vor das Fahrrad, wodurch derselbe zu Fall kam, und bedauerlicherweise innere Verletzungen davon trug, die eine Ueberführung ins Krankenhaus erforderlich machten.

—s Fabrikneubau. Die Firma Albert Reppel, die sich mit der Herstellung von Bakelite-Pressen befaßt, errichtet am Felderhof einen Fabrikneubau. Mit den Arbeiten ist bereits begonnen worden.

Kierspe-Bhf.

—h Am Sonnabend, dem 17. d. M. abends 20¹/₂ Uhr findet im Saale des Hotel Cramer-Kierspe-Bhf. im Rahmen der Arbeit der NSDAP. ein Vortragsabend statt, zu dem der von der Reichsleitung der NSDAP. bestellte empfohlene Künstler Kurt Georg Treumer verpflichtet wurde. Es ist ein unbedingter Erfolg der hiesigen Ortsgruppe, daß es gelungen ist, das Gastspiel, das sonst nur in größeren Städten stattfindet, nach hier zu bekommen. Treumer wird hier einen deutschen Vortragsabend abwickeln, der eine Stunde ernste Dichtung und politische Satire sowie weiter eine Stunde heitere Dichtung in deutscher Form umfaßt. Die „rote Erde“ Bochum charakterisiert Treumer wie folgt: „Treumer bildet unbedingt den Höhepunkt der deutschen Abende, seine Art des Sprechens und der Gesten ist unerreichbar, die Auswahl seiner Vortragsfolge urdeutsch und immer geschmackvoll. Treumer ist berufen in unserer, an Freude so armen Zeit ehrlich zu begeistern und in gutem Sinne Lachen zu machen.“ Daher ist ein Besuch besonders zu empfehlen.

Moers. Das Mädchen als Mann. Um leichter Arbeit zu bekommen. Durch einen Zufall wurde ein junger Mann, der seit zehn Jahren einen schweren Beruf ausübt, der im allgemeinen nur von Männern verrichtet wird, als Mädchen entlarvt. Zur Rede gestellt, erklärte das Mäd-

chen, daß es ihr als einziger Ernährer der Mutter auf diese Weise leichter geworden wäre, Arbeit zu bekommen. Man bot dem tapferen Mädchen, nachdem es einen Kebers unterzeichnet hatte, daß es sich künftig nur in Frauenkleidern bewegen will, eine Stelle in der Landwirtschaft an. Das Mädchen tritt schon in den nächsten Tagen ihre Reise nach Ostpreußen an. Man erinnert sich an den Fall der Frau Einsmann in Mainz, die ebenfalls viele Jahre als Schwerarbeiter tätig war und sogar mit einer Freundin eine Ehe führte. Der gleiche Grund: leichter Arbeit zu bekommen.

Was man noch wissen muß.

Die früheren Gewerkschaftsführer Grafmann und Leipart wieder auf freiem Fuß.

Berlin. Die seinerzeit in Haft genommenen früheren Führer des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Grafmann und Leipart, befinden sich, wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, wieder auf freiem Fuß.

Schweres Unwetter über Italien.

Rom. Über Italien gingen schwere Unwetter nieder mit starken elektrischen Entladungen, Hagelschlägen und gewaltigen Regenmengen. Aus Sizilien und der Gegend von Neapel wurden große Überschwemmungen gemeldet. In Süditalien wurden mehrere Personen durch Blitzschlag getötet.

Neuer britischer Schritt in Washington.

Washington. Der britische Vizekonsul sprach im Staatsdepartement vor und erklärte, seine Regierung wolle feststellen, ob Roosevelt eine britische Schuldenkommission, geführt durch ein prominentes Kabinettsmitglied, zu empfangen wünsche oder diplomatische Verhandlungen vorziehe.

Königsbruder macht Privatrundflüge. Der Bruder des Königs von Rumänien, Prinz Nikolas, unternimmt im Privatflugzeug einen Rundflug über England, Belgien, die Tschechoslowakei, Italien und Jugoslawien. Acht Tote bei einer Wahlversammlung. In einer Wahlversammlung in einer kleinen mexikanischen Stadt kam es bei der Aussprache zu heftigem Streit, in dessen Verlauf geschossen wurde. Acht Personen wurden getötet, annähernd 100 verletzt.

Schriftleitung: Wilhelm Bell. Salver i. Westf.

Kirmes in Halver.

Achtung!

Für die vielen Beweise der Liebe und Aufmerksamkeit anlässlich unserer Goldenen Hochzeit sagen wir allen unsern

herzlichen Dank.

Aug. Bürger u. Frau

Brenscheid, im Juni 1933.

Kirmes Halver.

Im Saale Geschw. Fasbender



Gastspiel der
Geschw. Fröhlich
sowie des sächsischen Komikers
Guido Gulden
Die bekannte Marke in seinen
humorvollen Typen.

Anfang 5¹/₂ Uhr. Eintritt 30 Pfg.
Die Karte hat Gültigkeit für den ganzen Tag.
Kein Bieraufschlag.

Restaurant Karlshöhe.

An beiden Kirmestagen
ab 5 Uhr nachm., große

Deutsche Abende

Konzert und deutsche Tänze.

Musik: Standarten-Kapelle 137
Buer-Gelsenkirchen (25 Mann)
unter persönl. Leitung des ehem.
Obermusikmeisters einer Marine-
kapelle, Herrn Hilger.

Gasthof zum Jägerhaus.

Während der Kirmestage

Corteljus-Stimmungskapelle.

Corteljus-Theater kleiner

Menschen

Überall großer Erfolg.

Eintritt frei.



ANNO 1650 Haus zur Fuhr • HALVER •

An beiden Kirmestagen

Tanz.

Musik: Bedersche Salon-Orchester.

Wie aus dem Inseratenteil ersichtlich, spielt am Sonntag und Montag in der Karlshöhe Standarten-Kapelle 137

zu deutschen Tänzen.

Die Ortsgruppe Halver weist besonders darauf hin.

Billige Kurzwaren!

Sie erhalten für 25 Pfg.

2 Rollen Klopptpapier od.

5 Bleistifte

1 Wandspiegel

1 Stange Kernseife

1 Paket Waschlappen

1 Tasse Herdpuß

3 Kupferlappen

1 Fl. Herdpuß

6 Ballen Stahlwolle

1 Tube Zahnpasta

1 gr. Fl. Metallpuß

3 Doppelflügel Kernseife

2 Rehtücher

2 Spültücher

1 Aufnehmer

8 Fliegenfänger

40 Federwäscheklammern

1 Rasierpinsel

3 St. Toiletteseife

50 Briefumschläge

10 mtr. Schrankpapier

1 Schrubber

Seifenhaus

Bedder & Sohn,

Kierspe-Bhf.

la. Kalbfleisch . . . 70 ¢

la. Rindfleisch . . . 65 ¢

ff. Delikatess-Eilage . 50 ¢

Gehacktes 85 ¢

Alex. Schmale, Halver.

Berlinerstraße.

Gebrauchte

Schreib-

Maschine

günstig abzugeben.

Wilh. Bell jr., Halver.

Motorräder

Fahrräder

nur erste Marken zu

günstigen Preisen

empfehlen:

E. Richter, Hagen.

Körnerstraße 79.

Achten Sie auf Firma

und Hausnummer!

BESUCHT

das

Jubiläums-Bezirksturnfest

des 1. und 2. Bezirks im Lenne-Volme-Turngau

am 17. bis 18. Juni 1933 in Kierspe.

Kirchliche Nachrichten.

Ev. Gemeinde Halver. Sonntag, 10 Uhr Gottesdienst, Pastor Dr. Große-Dreselhaus, 11 Uhr Taufen, Kindergottesdienst, Bücherausgabe der Kirchlichen Volksbibliothek. Dienstag abds. 8,15 Uhr Kirchenchor. Donnerstag 8,30 Uhr Vorbereitung f. den Kindergottesdienst. Freitag abds. 8 Uhr Kirchl. Posaunenchor.

Ev. Vereinshaus Halver. Samstag 4 Uhr Jungsch. 4,30 Uhr Jungfrauenverein, Ausflug nach Feld. 8,30 Uhr Bibelbesprechung und Gebetsstunde Sonntag, 8 Uhr Jungsch. - Abmarsch, 8,30 Uhr Jungvolk - Abmarsch. 4,30 Uhr Bibelstunde. Montag, 8 Uhr Rapsenspiele (bei Regen Turnen). Mittwoch 4 Uhr Jungsch. (Mädchen), 8,30 Uhr Jünglingsverein, Bibelbesprechung, Jungfrauenverein, Geteilte Gruppen. Donnerstags, 4 Uhr Missions - Handarbeitsstunde. Freitag, 8,30 Uhr Männerchor.

Freie evangelische Gemeinde Halver. Sonntag, morgens 9,45 Uhr Erbauungsstunde, 11 Uhr Sonntagsschule, nachm. 1,30 Uhr Gemeinl. Ausflug. Montag, abds. 8,30 Uhr Jungmänner-Bibelkreis. Dienstag, abds. 8,30 Uhr Gem. Chor. Mittwoch nachm. 4 Uhr Frauen-Missionsstunde, abends 8,15 Uhr Jungmädchenverein. Donnerstag abds. 8,30 Uhr Gebetsstunde. Freitag abds. 8,30 Uhr Männerchor.

Blankenburger Halver. Sonntag den 18. Juni bei schönem Wetter Ausflug, Abmarsch 1,30 Uhr von der Eisenbahnbrücke. Bei Regenwetter 8,30 Uhr Bibelstunde. Donnerstag, den 22. 6. abends 8,30 Uhr Bibelbesprechung.

Katholische Gemeinde Halver. Sonntag, den 18. Juni 6,30 Uhr Frühmesse, 8,45 Uhr Hochamt, 8 Uhr abends Sakraments-Andacht.

Evangel. Gemeinde Brügge. Sonntag, den 18. Juni 10 Uhr Gottesdienst. Dienstag 8,30 Uhr Kirchenchor. Mittwoch 8 Uhr Posaunenchor.

Evangel. Gemeinde Schalksmühle. Sonntag 9,30 Gottesdienst, 10,45 Uhr Kindergottesdienst, 8 Uhr

Jungsch. 5,30 Uhr Blaukreuzstunde, 8 Uhr Gemeinlichkeitsstunde. Montag 8 Uhr Posaunenchor. Dienstag 8,30 Uhr Jungmädchenverein. Mittwoch 8,30 Uhr Bibelstunde. Donnerstag 8,30 Uhr Jugendbund für E. C. Freitag 8 Uhr Männerchor. Sonnabend 8,30 Uhr Gemischter Chor.

Ev. Gemeinde Breckersfeld. Sonntag d. 18. Juni 1933 (1. E. n. Trinitatis) 10 Uhr Gottesdienst, 11,15 Uhr Kindergottesdienst, 3,30 Uhr Kirchliche Gemeinschaft. Dienstag 8,30 Uhr Jungmännerchor, 8,30 Uhr Kirchenchor. Mittwoch die Monatsversammlung der Frauenhilfe fällt aus, 8,30 Uhr Helferkreis des Kindergottesdienstes. Donnerstag, 8,30 Uhr Jungmädchenverein. Samstag nachmittag Jungsch. 8 Uhr Posaunenchor.

Ev. Gemeinde Kierspe. Sonntag, 9,30 Uhr Kindergottesdienst, 10,30 Uhr Gottesdienst, Pastor Meyer zu Theenhausen, 11,30 Uhr Bücherausgabe. Dienstag 8,30 Uhr Posaunenchor, 8,30 Uhr Jungmädchenbund. Donnerstag 4 Uhr Frauenhilfe. Freitag 8,30 Uhr Kirchenchor. Samstag 8,30 Uhr Männerchor.

Volwerk. Sonntag, 9,30 Uhr Lesegottesdienst, 10,30 Uhr Kindergottesdienst, 10 Uhr Kindergottesdienst Volme. Dienstag 8,30 Uhr Posaunenchor. Mittwoch 8,30 Uhr Kirchenchor.

Kierspe-Bhf. Sonntag, 9,30 Uhr Kindergottesdienst, 10,45 Uhr Lesegottesdienst, 4 Uhr Bibelstunde. Montag 8,30 Uhr Gemeinlichkeitschor. Dienstag 8,15 Uhr Jungmädchenbund. Mittwoch 8,30 Uhr Jungmädchenbund. Freitag 8,15 Uhr Frauenhilfe, 8,30 Uhr Jünglingsverein. Samstag 2,30 Uhr Jungsch.

Freie ev. Gemeinde Kierspe-Bhf. Sonntag 9,30 Uhr Gemeinde Erbauungsstunde, 11 Uhr Kindergottesdienst, 16 Uhr Versammlung für Jedermann. Dienstag 16 Uhr Frauenverein. 20,30 Uhr Jungfrauenbund. Mittwoch 2,30 Uhr Gebetsstunde. Donnerstag 2,30 Uhr Gem. Chor. Freitag 8,30 Uhr Jünglingsverein.

Die Zeitungs-Anzeige

ist immer wieder das

wirk-samste

und

das preiswerteste

Reklame-mittel!

Gewinnauszug
3. Klasse 41. Preußisch-Süddeutsche Staats-Lotterie
Ohne Gewähr Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

2. Ziehungstag 15. Juni 1933
Da der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

2 Gewinne zu 100000 M. 391992
6 Gewinne zu 5000 M. 91526 373423 373846
2 Gewinne zu 3000 M. 335924
8 Gewinne zu 2000 M. 230503 255467 260076 369858
24 Gewinne zu 1000 M. 36436 37111 56195 72116 78886 80380
94034 104971 227214 254591 345268 373412
36 Gewinne zu 800 M. 25945 31564 38419 57349 69793 69801
90689 96111 126426 133780 248082 253479 285040 302424 314574
325048 333201 365381
62 Gewinne zu 500 M. 25383 37259 69005 109414 122282 134821
175230 176119 181062 220736 238220 244361 245536 279536 295766
297240 300435 326790 345231 368416 374981 379761 386208
389259 392666

Da der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

2 Gewinne zu 5000 M. 144718
6 Gewinne zu 3000 M. 91929 129771 398958
2 Gewinne zu 2000 M. 130461 247205 349977
24 Gewinne zu 1000 M. 13331 18398 49774 80637 132279 140699
178343 224861 289951 333542 344402 379433
28 Gewinne zu 500 M. 16954 253606 260685 306218 308473 314083 386311
98251 169654 253606 260685 306218 308473 314083 386311
40 Gewinne zu 500 M. 5185 54001 97227 102941 109334 118209
129459 216185 242870 249329 253439 257347 260309 267173 289847
292695 316253 351352 370308 382422

Die Ziehung der 4. Klasse der 41. Preußisch-Süddeutschen (267. Preußischen) Staats-Lotterie findet am 12. u. 13. Juli 1933 statt.

ingenieurschule

Lage

Bauschule

Elektrotechnik, Maschinenb., Automobilbau, Flugzeugbau, Heizungsbau, Kältetechnik, Landw. Masch., Radiotechnik

Staatl. anerkannt v. Lippe, Architektur, Tiefbau, Eisenbeton, Stahlbau, Tonindustrie

Lehrpläne

anfordern